Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 110. Donnerstag den 19. April 1888. 82. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch in Erinnerung, daß nach §. 151 jct. 138 des Straßenpolizei-Regulativs vom 14. November 1885 das Ausheben der **Schneeglöckchen**, der **Schlüsselblumen** und **Maiglöckchen** mit deren Zwiebeln und Wurzeln aus den städtischen Waldungen mit **Geldstrafe bis zu 60 ℳ** oder mit **Haft bis zu 14 Tagen** bestraft wird.

Leipzig, den 14. April 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Heutschel.

Bekanntmachung.

Die **Loosungs-Scheine** der im **Jahre 1888** in **Leipzig-Stadt** gemusterten militairpflichtigen Mannschaften sind eingegangen und liegen auf unserem Quartieramte, Stadthaus, II. Geschoß, Zimmer Nr. 107, zum Abholen bereit, was hiermit zur Kenntniß der Betheiligten gebracht wird.

Leipzig, den 17. April 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
X. M. 2858. Dr. Georgi. Lamprecht.

Bekanntmachung.

Im städtischen Krankenhause zu St. Jacob sollen die Baracken ꝛc. neu abgeputzt und mit Oelfarbe bestrichen werden. Wir wollen diese Arbeiten in öffentlicher Submission vergeben und fordern etwaige Bewerber auf, die nöthigen Unterlagen gegen Zahlung von 0,80 ℳ auf unserem Bauamte, Hochbau-Verwaltung, Rathhaus, II. Obergeschoß, Zimmer Nr. 5, zu entnehmen und ihre Offerten ebendaselbst bis zum 8. Mai cr. Abends 5 Uhr mit der Aufschrift:

„Abputzarbeiten ꝛc. Krankenhaus"

versehen in geschlossenem Couvert abzugeben.

Leipzig, den 17. April 1888.

Ib 1434. **Des Raths Baudeputation.**

Das für **Anna Rosine Herrmann** aus Reisen am 3. April 1875 dem hiesigen Amtsvorsteher ausgestellte Dienstbuch ist vor längerer Zeit verloren gegangen und im Auffindungsfalle anher abzuliefern.

Leipzig, am 14. April 1888.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
I. 1912. Breischneider. B.

Infolgeter Anzeige zufolge ist das für **Anna Sabine Bieler** aus Brieggarten am 12. December 1884 von dem Gemeindevorstand in Weimar ausgestellte Dienstbuch vor einiger Zeit verloren gegangen.

Wir bitten, dasselbe im Auffindungsfalle an uns abzuliefern.

Leipzig, am 16. April 1888.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
I. 1945. Breischneider. Gyrulle.

Nichtamtlicher Theil.

Boulanger nach der Wahl.

Man muß es dem Auserwählten des französischen Volkes lassen, daß er die Worte, mit welchen er auf die Massen wirken will, geschickt zu wählen weiß. Wenn man ihm glauben soll, dann ist der bisherige Zustand Frankreichs die Tyrannei und Willkürherrschaft einer Rotte von Männern gewesen, welche sich die Besugniß, Frankreich eine republikanische Verfassung zu geben, ohne Auftrag der Wähler angemaßt haben. Boulanger erscheint dem Volke als Retter, um dem Volke die Machtvollkommenheit, welche ihm widerrechtlich entzogen wurde, wiederzugeben und Frankreich zu einer wirklichen Republik zu machen, im Gegensatz zu der bisherigen Scheinrepublik. Ganz grundlos ist diese Beschuldigung nicht, denn die Gründer der dritten Republik waren in der That Usurpatoren, welche die allgemeine Verzweiflung und Rathlosigkeit benutzten, um die Macht an sich zu reißen. Aber der Verwirrung des 4. September folgten die Wahlen des 8. Februar, aus welchen die constituirende Nationalversammlung hervorging, und so wie die Mehrheit der französischen Wähler heute Boulanger zum Mann des Tages erkoren hat, jauchzte sie damals Thiers zu, dem 20 Departements ihre Stimmen gaben. Thiers war der Vertreter der conservativen Republik, wie Boulanger vorgiebt, der Vertreter der radicalen Republik zu sein. Er verspricht dem Volke, die Bahn frei zu machen, die ihm gebühre und die ihm systematisch verschlossen worden sei. Aber Boulanger ist sich auch des Ursprungs der dritten Republik bewußt und verleugnet ihn nicht, weil er desselben zur Aufrichtung der Macht bedarf, welche er anstrebt. Die Regierung des 4. September nannte sich die Regierung der nationalen Vertheidigung, und Boulanger will diese Regierung in veränderter Form wiedererwecken, er will der Obergeneral der französischen Militairmacht werden und mit Hilfe dieser Stellung zugleich die Staatsregierung an sich reißen. Daher der Satz in dem Schreiben an die Wähler des Nordderpartements: „Eure Interessen fallen zusammen mit denen des Vaterlandes und der Republik, aber es genügt nicht, das Vaterland und die Republik zu lieben, man muß auch verstehen, sie ohne irgend welchen Gedanken an Herausforderungen zu schützen und zu vertheidigen." Mit diesen Worten begründet Boulanger seinen Beruf, die nationale Vertheidigung in die Hand zu nehmen, das heißt den günstigen Augenblick zur praktischen Verwendung der französischen Militairmacht zu bestimmen und zu benutzen. Frankreich war ja auch im Jahre 1870 der Angreifer und doch nahm dieses Land nach der Besiegung des unter Napoleon's Führung unternommenen Angriffs die Rolle der Vertheidigung gegen einen schonungslosen Eroberer in Anspruch. Wie die Regierung der nationalen Vertheidigung eine Lüge war, so ist es die Vertheidigung, zu deren Organisirung sich Boulanger berufen fühlt.

Auch das Frankreich des Jahres 1870 suchte nach der Capitulation von Sedan nach einem Mann. Es glaubte ihn in Bazaine gefunden zu haben, und wenn die Versuche Bazaine's, den eisernen Gürtel, welcher Metz umgab, durchbrechen hätten, statt am 27. October, durch Hunger genöthigt, Metz zu übergeben, dann wäre ihm nicht der Proceß als Landesverräther gemacht worden, dann hätte er Napoleon III. nach Paris zurückgeführt, es sei denn, daß er den Gemeinsinn der Vertreter der Republik gebeugt wäre und mit ihnen gemeinschaftliche Sache gemacht hätte. Die Welt hat immer nur dem Erfolge gehuldigt, aber die Franzosen haben die Anbetung des Erfolges zum System erhoben, und wenn Thaten fehlen, sind sie auch vorläufig mit Worten zufrieden. Ein solcher Wortheld führt jetzt in Frankreich eine triumphirende Sprache. Herr Reinach nennt das den Wind der Tollheit, er vergißt aber, daß er selbst seine Erfolge in Frankreich derselben Ursache verdankt. Oder war es nicht eine Tollheit, die Vertretung französischer Interessen einem vaterlandslosen Speculanten anzuvertrauen?

Boulanger fühlt sich heute bereits als der Herr Frankreichs, eine Auflösung der Kammer genügt ihm nicht, wenn sie nicht vollständig seinen Zwecken dient, er hat schon eine zweite in Aussicht genommen. Das sind natürlich nur Ergebnisse, welche die Erregung des Augenblicks gezeitigt hat; der Boulanger, welcher in der Kammer das Wort ergreift, wird weit hinter dem Boulanger zurückbleiben, welcher mit Siegeszuversicht die Nachricht seiner Wahl im Restaurant Durand erwartete, aber er wird immerhin der Hauptgegenstand der öffentlichen Aufmerksamkeit sein. Das Ministerium Floquet, um das sich angeblich die gemäßigten Republikaner zu scharen entschlossen sind, ist heute bereits zu vollständiger Bedeutungslosigkeit herabgesunken, man hält es kaum noch der Mühe werth, sich mit ihm zu beschäftigen, selbst das Hauptorgan der gemäßigten Republikaner, das „Journal des Débats" kann nicht umhin, einzuräumen, daß die Macht Boulanger's im Norddepartement eine hochgradige Erschöpfung des Landes und die allgemeine tiefe Abneigung gegen die Politik der Regierung beweise. Und was thut das Ministerium Floquet dieser ernsten Lage gegenüber? Es bemüht sich, Mittel und Wege aufzufinden, wie es ein Vertrauensvotum erzielen kann. Das bedeutet die Unfähigkeitserklärung, denn Frankreich hat heute ganz andere Gedanken, als den, das Ministerium Floquet zu halten. Es wird einfach das Schicksal seiner zahlreichen Vorgänger theilen und Bangles vom Schauplatz seiner thatenlosen Regierung abtreten.

Man könnte füglich die Frage aufwerfen, warum man sich in Deutschland so eingehend mit der Entwickelung der französischen Verhältnisse beschäftigt. Die Antwort darauf ist klar und einfach: Wenn Boulanger in Frankreich das Heft in die Hände bekommt, kann er nicht auf halbem Wege stehen bleiben, sondern er muß die Folgen seiner Handlungsweise auf sich nehmen. Frankreich begnügt sich nicht damit, den Nacken unter dem Joche eines neuen Machthabers zu beugen, es will von dem Dictator oder Cäsar Thaten sehen. Ferry mag die Mittelmäßigkeit Boulanger's noch so laut bekämpfen, die Zeitlage hat diesem Manne eine Bedeutung angewiesen, die weit über die Ferry's hinausgeht. Wer in dem Augenblicke, wo sich eine Lücke öffnet, am nächsten steht, um sie auszufüllen, hat das Vorrecht vor allen besser Geeigneten, die ferner stehen. Frankreich hat das Bedürfniß nach einem Retter schon am 9. Mai 1873 empfunden, als der Congreß Mac Mahon zum Präsidenten der Republik wählte. Mac Mahon ist an den Schwierigkeiten seiner Aufgabe gescheitert, und deshalb haben die Männer des 4. September wieder zeitweise die Oberhand gewonnen. Aber schon die Bedeutung, welche ein Thibaudin als Kriegsminister zu erringen vermochte, ließ erkennen, wohin die öffentliche Meinung in Frankreich neigte, nur war die Zeit für einen radicalen Umschwung damals noch nicht reif, aber Thibaudin war der Aufgabe nicht gewachsen, auf die ihn das Schicksal gestellt hatte. Boulanger hat stets den Zug verrathen, die Lage sich unterthan zu machen, sein ganzes Auftreten hatte die theatralische Färbung, welche dem französischen Volkscharakter entspricht. Eine Zeit lang schien es, als sei seine Rolle ausgespielt, aber seit den Ersatzwahlen des 26. Februar und nachdem ihm das Ministerium Tirard die Wahlfähigkeit zugesprochen hat, ist ihm der Weg, welchen er zurücklegen hat, vorgeschrieben. Eine ganze Reihe günstiger Umstände hat ihn zum Mittelpunct des öffentlichen Interesses in Frankreich gemacht und er müßte nicht der ehrgeizige Mann sein, der er ist, wenn er nicht daraus den möglichsten Nutzen für seine persönlichen Zwecke zu ziehen suchte. Ob Boulanger der Mann ist, um die unausgesprochenen Wünsche seiner Wähler und der Mehrzahl der Franzosen zu erfüllen, ist vorläufig gleichgiltig, worauf es ankommt, ist, daß die Franzosen auf ihn ihre Hoffnungen setzen.

*

Leipzig, 19. April 1888.

* **Dem Vernehmen nach hat Se. Majestät der Kaiser den Gesetzentwurf**, betreffend die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter gezeichnet, so daß die Einbringung desselben im Bundesrath wohl am Donnerstag bereits erfolgen dürfte. Wir hören, daß der Entwurf gegenüber dem Inhalt der Grundzüge sehr wesentliche und bedeutsame Abänderungen erfahren hat. Mit der Constatirung dieser Thatsachen erübrigt es, auf das hämische Geschwätz zurückzukommen, mit welchem der bekannte Verfertiger des „blauen Wunders" die Nachricht von der bevorstehenden Einbringung des Gesetzentwurfs begleitete.

* Am Dienstag fand unter Vorsitz des Vicepräsidenten des Staatsministeriums, Ministers des Innern Herrn v. Puttkamer, eine Sitzung des preußischen Staatsministeriums statt.

* Die für Donnerstag angesetzte Reise Ihrer Majestät der Kaiserin nach Wittenberge-Lüneburg (zurück Büchen) ist in Anbetracht der Krankheit des Kaisers vorläufig aufgegeben.

* Die demnächst zu veranstaltenden internationalen Arbeitercongresse halten die Leiter der Arbeiterbewegung in Deutschland, England, Oesterreich, Belgien, Frankreich und der Schweiz in fortwährender Aufregung, und Circulare fliegen hin und her. Auf das von Seiten der socialdemokratischen deutschen Abgeordneten an die im socialdemokratischen Fahrwasser schwimmenden Gewerkschaften und Fachvereine erlassene Manifest, den von den englischen Trades Unions einberufenen Gewerkschaftscongreß nicht zu beschicken, hat die deutsche socialdemokratische Föderation in London in einem langen Circulare geantwortet. In demselben erhalten die deutschen socialdemokratischen Abgeordneten deshalb scharfen Tadel, weil sie das Manifest erlassen, ohne die Londoner Föderation, die „kämpfenden Vertheidiger der Socialdemokratie in England" zu fragen. Dieselben sind nun der Ansicht, daß in Deutschland Alles aufgeboten werden müsse, damit die deutschen Fachvereine und Gewerkschaften auf dem Congreß zahlreich vertreten sollen, um zu zeigen, daß „unter normalen Bedingungen die besten Gewerkschaftler auch die aufsichtigsten Socialisten sind." Die Leiter der socialdemokratischen Arbeiterbewegung in Deutschland haben sich die Sache nochmals überlegt, sind aber bei ihrem ablehnenden Votum geblieben; auch die Fachvereine werden nicht vertreten sein. Man hat der Föderation vorgehalten, daß Fachvereine in Deutschland für „politische Vereine" erklärt würden und, wenn solche in Deutschland mit einander in Verbindung treten, aufgelöst würden. Eine allgemeine Auflösung der Fachvereine wäre aber zweifellos, wenn sie sich mit den Vertretern der Gewerkschaften anderer Länder auf einem allgemeinen Gewerkschaftscongreß zusammenfinden würden. In diesem Streit, der hin- und herwogt, hat nunmehr das geistige Haupt der belgischen Socialdemokratie, der bekannte Cäsar de Pape, das Wort ergriffen. Er erklärt, die belgischen Socialisten hätten eine hohe Mission, die Mission der Versöhnung und des Friedens zwischen der englischen Gewerkschaftsbewegung und der deutschen Socialdemokratie. Daß diese Mission Herrn Cäsar de Pape und Genossen glücken werde, ist stark zu bezweifeln.

* August Lalange, der Vertreter Mülhausens im deutschen Reichstage, hat an Emilio Castelar, den Schwärmer für Völkerfreiheit und Weltfrieden, einen offenen Brief gerichtet, um demselben für seine warme Vertheidigung der Sache Elsaß-Lothringens zu danken. Castelar ist bekanntlich der Ansicht, daß alle politischen Uebel der Gegenwart in der Einverleibung Elsaß-Lothringens in das deutsche Reich ihren Ausgangspunct haben, und Herr Lalance stimmt ihm darin bei. Die Wiederaufführung ist die üblicher: das ethnographisch-historisch-politische Recht Deutschlands auf den Besitz der Reichslande wird totgeschwiegen oder nur insofern anerkannt, als der Abgeordnete für Mülhausen zugesteht, man sei bereit, Deutschland eine angemessene Entschädigung (une juste compensation) zu geben, falls es Elsaß-Lothringen an Frankreich abtreten würde. Im Uebrigen denkt Herr Lalance von den Fähigkeiten des Fürsten Bismarck viel zu hoch, um ihm einen so groben politischen Schnitzer, wie die dauernde Behauptung der Reichslande sein würde, zuzutrauen; für Bismarck hat Elsaß-Lothringen nach seiner Meinung vielmehr lediglich die Bedeutung eines Zankobjects, an dem sich die beiden Nationalitäten reiben, und wenn erst die deutsche Nationalität in diesem Streite sich soweit gestärkt hat, daß sie endgiltig in ihrem Bestande gesichert ist, dann läßt Bismarck das Elsaß die Stelle des Mohren spielen, der seine Schuldigkeit gethan hat. Herr Lalance ist davon überzeugt, daß Fürst Bismarck seinen Ruhm durch die Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich besiegeln und so sein Volk glücklich machen wird. „Denn dieses", so schließt der Brief, „ist im Grunde friedliebend und sieht nicht ohne Besorgniß, wie das Vaterland Schiller's und Goethe's in eine weite Caserne umgewandelt wird." Das „Vaterland" Schiller's und Goethe's ist allerdings für Franzosen und solche, die es gern sein oder werden möchten, ein Ideal deutscher Zustände, das sich, wie wir Deutsche hoffen, nie wieder verwirklichen wird.

* * *

* Greifenhagen, der Bürgermeister von Riga, welcher vor einiger Zeit von der Regierung seines Postens enthoben und wegen Widersetzlichkeit gegen die Regierungsgewalt dem Gericht überliefert wurde, ist vom höchsten baltischen Landesgerichte freigesprochen worden. Die öffentliche Meinung in Petersburg ist in Folge dessen auf das Höchste erregt und verlangt eine sofortige Reform des baltischen Gerichtswesens.

* Der russische Kriegsminister hat, wie die „Nowoje Wremja" berichtet, die zuständigen Behörden ersucht, nach Möglichkeit darauf hinzuwirken, daß die Regierungs- und Communal-Institutionen, sowie auch die Privatpersonen den in diesem Jahre zu den Militairübungen einzuberufenden Untermilitairs der Reserve die von ihnen innegehabten Stellungen reserviren und sie wegen ihrer Abwesenheit anläßlich der betreffenden Uebungen nicht etwa des Dienstes entlassen, was bei der kurzen Dauer dieser Uebungen kaum auf Schwierigkeiten fliegen könne.

* Von einigen schweizerischen Zeitungen wird die Ansicht geäußert, der Bundesrath könne, nachdem er durch die Vermittelung der Züricher Regierung der Redaction des „Socialdemokrat" eine Verwarnung habe zustellen lassen, vor der Hand keine Maßregel mehr gegen dieselbe verfügen. Diese Auffassung wird durch den Tenor des Schreibens an die Züricher Regierung widerlegt, in welchem der Bundesrath sich jederzeitiges Einschreiten gegen die an den anrüchigen Publicationen Betheiligten ausdrücklich vorbehalten hat. Von gleicher Seite wird das Gerücht verbreitet, der Bundesrath werde von der deutschen Regierung zur Ergreifung von scharfen Maßregeln gegen den „Socialdemokrat" gedrängt. Dem gegenüber ist der Berner „Bund" in der Lage, bei Bestimmtesten zu versichern, daß, abgesehen von den in der Botschaft über die politische Polizei erwähnten gegenseitigen Aeußerungen, über diese Angelegenheit durchaus kein Verkehr zwischen den beiderseitigen Regierungen gepflogen worden ist.

* Der Bürgermeister der belgischen Hauptstadt hat die Socialisten, welche allerlei Manifestationen anläßlich der Anwesenheit des Präsidenten Carnot in Brüssel planten, davon verständigen lassen, daß keinerlei Demonstrationen geduldet werden sollen.

* Der vaticanische Correspondent der „Politischen Correspondenz" meldet aus Rom, 13. April:

Die offizielle Mission, mit welcher der Herzog von Norfolk in Angelegenheiten der irischen Frage beim Vatican betraut war, kann der Hauptsache nach als gescheitert angesehen werden. Es ist dem Herzog in den mit den Mitgliedern des päpstlichen Staatssecretariats geführten vertraulichen Unterredungen nicht gelungen, den heiligen Stuhl zur Annahme der seitens des Londoner Cabinets erhobenen Ansprüche zu bewegen. Der heilige Stuhl wird wohl fortfahren, den Katholiken in Irland und dem geistlichen Hirtenamt dieser Bevölkerung Rathschläge im Sinne der Weisheit und Mäßigung ertheilen zu lassen, um auf diese Weise die nationale Bewegung vollständig in den Bahnen der Gerechtigkeit zu erhalten. Dagegen ist die Curie nicht in der Lage, den Wünschen des conservativen englischen Cabinets Rechnung zu tragen, wenn es fordert, daß der heilige Stuhl gegenüber der nationalen Partei in Irland gewissen eine ausgesprochene gegnerische Stellung einnehme und die auch im Vatican im Princip als berechtigt anerkannten Aspirationen der Iren, deren Verwirklichung durch einen Regierungswechsel in London viel näher gerückt werden kann, in globo verdamme. Der Verkehr des Herzogs von Norfolk mit dem Vatican ist übrigens, wenn er auch ein politisches Eingreifen des Papstes in die irische Bewegung herbeizuführen nicht vermochte, nach anderer Richtung nicht ganz erfolglos geblieben, indem durch denselben eine engere Annäherung zwischen dem heiligen Stuhle und England bezüglich anderer der Regierung harrender Fragen bewirkt wurde. Ein weiterer moralischer Gewinn dieser Vertretung bestehe darin, daß in Folge derselben der Gedanke der Wiederherstellung amtlicher Beziehungen zwischen London und dem Vatican weitere Fortschritte gemacht hat. Dieses Verhältniß hat sich in den letzten Jahren immer günstiger gestaltet und ist gegenwärtig entschieden freundlicher Natur. Es sei bei diesem Anlasse darauf hingewiesen, daß der Papst den Erzbischof von Florenz, Msgr. Cecconi, kürzlich beauftragt hat, die Königin von England in Florenz im Namen des Papstes zu begrüßen.

Im Vatican erblickt man lebhaft jene Bestimmungen des soeben im italienischen Parlamente zur Berathung gelangten neuen Strafgesetzes, durch welche staatsfeindliche Umtriebe des Klerus, mögen sie auf der Kanzel oder außerhalb der Kirche erfolgen, mit schweren Strafen belegt werden. Man betont, daß die Fassung dieser Bestimmungen eine sehr behabbare sei und daß die Behörden durch dieselben in die Lage versetzt werden, den Katholiken und insbesondere den Geistlichen auch in solchen Fällen empfindliche Strafen auferlegen, wo die letzteren nichts als eine Gewissenspflicht erfüllen. Das Organ des Vaticans, der „Moniteur de Rom", brachte eine Reihe von Aufsätzen, in denen dargelegt wurde, zu welchen Ausschreitungen eine willkürliche Auslegung der erwähnten Gesetzesbestimmungen die Handhabe bieten könne und welche Hindernisse durch das neue Gesetz der religiösen Freiheit in den Weg gelegt werden. Es gilt in vaticanischen Kreisen nicht als unwahrscheinlich, daß die Curie an die europäischen Regierungen eine regelrechte Verwahrung gegen das neue italienische Strafgesetz richten werde, indem dasselbe einen ernsten Angriff auf die geistliche Gewalt der Kirche bedeute.

Die Festlichkeiten aus Anlaß des Bischofjubiläums, welche bis Ende Juni andauern sollen, haben in den letzten Tagen einen besonders belebten Charakter angenommen. Zwei Pilgerzüge, ein französischer und ein österreichischer, weilen in der ewigen Stadt. Ein französischer Pilgerzug, unter Führung des Bischofs Sevestre, und ein polnischer Zug, mit dem Bischof Dunajewski an der Spitze, sind soeben eingetroffen. Demnächst wird die Ankunft eines weiteren spanischen und eines großen belgischen Pilgerzuges erwartet. Mehr als hundert Bischöfe aus allen Theilen der katholischen Welt befinden sich zur Stunde in Rom. In allen Straßen herrscht ungewöhnliche Bewegung und es muß anerkannt werden, daß die Bevölkerung den Pilgern gegenüber das freundlichste Entgegenkommen an den Tag legt. Auch die Behörden entwickeln einen lobenswerthen Eifer, um die Ordnung aufrecht zu erhalten und den fremden Gästen den Verkehr in der Stadt möglichst zu erleichtern.

* Das französische Mittelmeer-Geschwader übt gegenwärtig längs der südfranzösischen Küste unter Vicеadmiral Amet in der Stärke von sechs Panzerschiffen („Colbert", „Dévastation", „Admiral Duperré", „Courbet", „Redoutable" und „Friedland"), zwei gepanzerten Küstenwachtschiffen („Indomptable" und „Terrible"), dem Kreuzer erster Classe „Milan", dem Torpedo-Kreuzer „Condor", den Hochsee-Torpedobooten „Bainy" und „Dunkerque-Lagrée" und sechs Torpedobooten erster Classe. Die Besatzung dieses starken Evolutionsgeschwaders beläuft sich auf fast 6000 Köpfe, die Geschützausrüstung auf 130 schwere Kanonen und etwa ebenso viel Revolver- und Hotchkiß-Kanonen.

* Die von verschiedenen Zeitungen gebrachte Nachricht, daß die jüngste Bewegung in Frankreich zu Gunsten Boulanger's von reichen Amerikanern in Paris in Scene gesetzt worden sei, wird der „Post" von unterrichteter Seite bestätigt. Die Wahl Boulanger's im Nord-Departement hat bedeutende Summen erfordert, welche von zwei Fürsten der amerikanischen Finanzwelt, Mackay und Gordon Bennett, hergegeben worden sind. Die genannten Milliardäre haben es offenbar darauf abgesehen, sich die französische Republik zu kaufen, um mit derselben ihren Sport zu treiben.

* Ueber die Zustände in Samoa lesen wir im „Hamburgischen Correspondent":

„Nach den neuesten Nachrichten aus Samoa haben die bekannten Bestrebungen des amerikanischen Generalconsuls in Apia, der Regierung Tamasese's Schwierigkeiten in den Weg zu legen, keine erheblichen Erfolge gehabt. Der Frieden unter den Eingeborenen ist ungestört geblieben und die Zustände auf der Inselgruppe haben sich trotz jener Bestrebungen in weiterer und erfreulicher Weise entwickelt.

Die Regierung Tamasese's, welche als ihren Berather einen geborenen Deutschen, den früheren badischen Artillerieoffizier Brandeis gewonnen hat, ist mit Eifer bemüht, den Bedürfnissen entsprechende praktische Einrichtungen zu treffen. Hierher ist namentlich die Bauernorganisation zu rechnen, welche vor einiger Zeit in einer Versammlung der Häuptlinge des Landes beschlossen und darauf eingerichtet wurde. Im Anschluß an die alte Eintheilung des Landes ist hierdurch für jede der bestehenden 8 Provinzen ein Gouverneur und ein Oberrichter und für jeden der 31 Districte, in welche jene Provinzen zerfallen, ein Bezirksrichter angestellt worden. Der oberste Richter, welcher in letzter Instanz über alle Streitigkeiten und Strafsachen entscheidet, hat seinen Sitz in Mulinu, dem Regierungssitze des Königs. Die Richter, welche ohne Rücksicht auf Parteiverhältnisse gewählt wurden, erfüllen sich eifrig und geschickt. Ihrer Thätigkeit ist es zu verdanken, daß die Acte der Selbsthülfe im Lande sich verringert haben, daß Familien- und Vorfelden nicht mehr durch Kampf entschieden werden, und daß die früher so zahlreichen Verletzungen der Pflanzungen aufhörten haben. Die Verbrecher finden unter den jetzigen geordneten Zuständen nicht mehr wie früher ein Asyl bei ihren politischen Parteigenossen, sondern sie werden ergriffen, und es kommt sogar vor, daß sie sich freiwillig dem Richter stellen.

Auch auf dem Gebiete der Gesetzgebung ist die neue Regierung praktisch vorgegangen. Einen großen Theil der Verordnungen der ehemaligen von den Consuln geleiteten Municipalitätsverwaltung, welche sich als zweckmäßig erwiesen haben, hat sie adoptirt und zu samoanischen Gesetzen erklärt. Aber auch neue Gesetze sind von ihr erlassen, welche auf verschiedenen Rechtsgebieten die ersten Grundlagen schaffen sollen und als allgemein praktisch anerkannt werden.

Endlich darf nicht unerwähnt bleiben, daß auch die finanzielle Lage der neuen Regierung eine recht günstige ist. Die Einnahmen aus den Steuern, welche pünktlich gezahlt werden, genügen, um die Kosten der Verwaltung zu decken und den oben erwähnten Beamten Gehälter zu gewähren, und sie lassen überdies noch einen erheblichen Ueberschuß für sachliche Aufwendungen im Interesse des allgemeinen Wohls.

Falls es nicht dem Einfluß mißgünstiger Fremden gelingt, die Oberhand zu gewinnen, darf man hiernach hoffen, daß Samoa unter der Regierung Tamasese's einer glücklichen Zukunft entgegengeht."

Militairisches.

□ München, 17. April. Das Militairersatzgeschäft in Bayern vom Jahre 1886 gestaltet sich vom medicinischen Standpunct aus in folgender, interessanter Weise: von den sämmtlichen Militairpflichtigen der Altersclasse 1886 im ganzen Königreiche waren 49 Proc. mit Fehlern behaftet, welche 6 Proc. endgiltig untauglich und 43 Proc. zeitlich untauglich zum Militairdienst machten. An diesem Resultat betheiligen sich die Regierungsbezirke in folgender Weise: Von 100 Pflichtigen der Altersclasse 1886 wurden untauglich bezw. nur bedingt tauglich befunden in Schwaben 63 (!), in Niederbayern 60, Oberbayern 55, Unterfranken 52, Mittelfranken 47, Pfalz 45, Oberfranken 40 und Oberpfalz 39 Proc. Demnach betrugen die Schwankungen in den einzelnen Kreisen Bayerns mehr als das Doppelte. Der weitaus größte Theil dieser Untauglichen bezw. nur bedingt Brauch-